

Fehlendes Reglement in den sozialen Medien gefährdet die Stabilität der Demokratie

Königstein (hhf) – Mit besonderem Dank an Leitung und Mitarbeiter der Frankfurter Volksbank, die wieder einmal ihre Schalterhalle zum funktionalen Hörsaal umgebaut hatten, freute sich Moderator Professor Dr. Diether Döring besonders, diese Einrichtung Professor Dr. Otfried Jarren vorführen zu können. Mit Zürich wohnt der „Wunsch Kandidat“ nämlich „etwas weit weg“, während sein Vortragsthema eher ein naheliegendes war: „Digitale Stimmungserzeugung als Waffe politischer Destabilisierung?“

Seit seinem Studium in Münster beobachtet Otfried Jarren die Medienwelt, zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin, 1987 bis 1989 als Geschäftsführer des Studiengangs „Journalisten-Weiterbildung“. Es folgte der Wechsel nach Hamburg als Ordentlicher Professor für Journalistik mit dem Schwerpunkt Kommunikations- und Medienwissenschaft, 1995 kam die Funktion als Direktor des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung dazu. Während Jarren diesen Posten bis 2005 bekleidete, folgte er 1997 dem Ruf nach Zürich als Ordinarius und Direktor des IPMZ. Seither engagiert er sich in verschiedenen Institutionen sowohl in Deutschland als auch der Schweiz, aktuell wurde ihm für 2018 der „Schader-Preis“ zuerkannt.

Veränderungen sind keine „fake news“

Obwohl die aktuellen Vorwürfe gegen „facebook“ noch kein Thema waren, als er den Vortrag konzipierte, musste der Medienforscher doch gleich warnen, dass eine fundamentale Veränderung der Demokratie durch die Veränderung der Medien absolut keine „fake news“ seien: „Die Architektur der Demokratie ist herausgefordert.“ Darunter fallen unantastbare Grundwerte ebenso wie Respekt vor Gewaltenteilung und auch einzelnen Ämtern, die als Ordnungselemente den freien Meinungsaustausch bislang steuerten: „Hart argumentieren ist in Ordnung.“

Es muss jedoch darum gekämpft werden, dass

eine gewisse Grundstruktur erhalten bleibt, die von der Artikulation („alle sollen sich äußern können“) über eine Aggregation der Meinungen zu wichtigen Themenkomplexen schließlich zu einem Ergebnis führt, das für alle gültig ist und als solches auch vermittelt werden muss. Genau hier verändern die sozialen Medien aber gerade einiges in unserer Gesellschaft, vorneweg den ohnehin schwer definierbaren Begriff der „öffentlichen Meinung“: Sie „hat kein Gesicht, passiert, indem wir gemeinsam etwas tun“ und kann Kommunikation ebenso gut fördern wie blockieren. Ein weiteres Problem liegt im hohen Tempo digitalen Welt, denn politische Prozesse benötigen neben einem institutionellen Rahmen auch Zeit, zum Beispiel um Wichtiges von irrelevantem zu trennen: „Wer Unsinn erzählt, wird begrenzt“, traditionell von seinem nächsten Umfeld wie Familie oder Stammtisch. So war es zumindest früher, inzwischen aber steht jeder Schnellschuss auf ewig im Netz, wird eventuell „geliked“, oft aber auch bereit, ohne Chance auf Rücknahme. Mit etwas Pech gilt dasselbe für die Privatsphäre, von der man zu viel preisgegeben hat.

Regulationsmechanismen fehlen

„Internationale Unternehmen regeln mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen, was man machen kann“, lassen sich dafür mit reichlich individuellen Daten bezahlen und setzen den alten „Rüge-Mechanismus“ außer Kraft, der auf mehreren Ebenen eine private Meinung erst einmal auf ihre Sinnhaftigkeit (und Werte-Konformität) prüfte, bevor sie an die große Öffentlichkeit drang. Neben politischen Gremien filterten auch Presse, Funk und Fernsehen solche Meldungen über Meinungen und trennten Wichtiges von Unwichtigem oder führten Einzelthemen zusammen.

Während die „Artikulation“ nun aber beständig zunimmt, tritt die „Aggregation“ immer mehr in den Hintergrund, mit der Folge, dass es auf die vielen Fragen immer weniger Antworten gibt – oder zu einfache, wie sie AfD oder Pegida im Gegensatz zur „Lügenpresse“

gerne geben, die natürlich als Systemfehler an allem schuld ist. Dabei wird aber übersehen, dass es die sozialen Medien sind, die ihre Versprechen an die Demokratie nicht gehalten haben und es zum Beispiel ermöglichen, dass ein US-Präsident seine Meinung an allen Staatsorganen vorbei einfach twittert – genau gesehen ist das illegal.

Wenn aber selbst Institutionen der Demokratie sich nicht mehr an die Spielregeln halten, entsteht ein Problem für die gesamte Gesellschaft, das Soziologen als „segmentäre Differenzierung“ beschreiben. Aus den zunehmenden Ansprüchen von Einzelnen (Individualisierung, auch Differenzierung) entsteht eine Pluralität von Themen, die den Streit um Grundwerte verstärkt. Wertewandel ist hier eine Folge, aber auch Verlust von Vertrauensorganisationen wie Universitäten, denen man früher die Autorität über Wissen zubilligte.



Mit den Veränderungen in der Nachrichtenwelt kennt sich Medienwissenschaftler Professor Dr. Otfried Jarren genau so gut aus wie in den Grundlagen der Politik: „Seit ich in der Schweiz lebe, habe ich die doppelte Staatsbürgerschaft, ich kenne auch die direkte Demokratie.“ Foto: Friedel

Massenmedien, aber auch Volksparteien oder Kirchen und sogar Vereine, die stets auf das allgemeine Wohl fixiert waren, verlieren unübersehbar an Bedeutung: „Diese einfache Sortierung ist jetzt weg“, stattdessen müssen immer mehr Details von Vegetarismus bis transgener in Entscheidungen einbezogen werden. Zu viele kleine Grüppchen im sozialen Netz nehmen nichts anderes mehr wahr als ihre eigenen Themen und schaffen so eine Komplexität von Bedürfnissen, die die Politik kaum noch bewältigen kann.

Herausforderungen für die Demokratie

Mark Zuckerberg hat sich sogar dazu bekannt: Er will eine andere Gesellschaft, die auf dem Prinzip des „sharing“ aufbaut, also dem Teilen von Informationen. Bei seinem Tempo kommen aber die Mechanismen der Demokratie nicht nach, deren fortschreitende „Entinstitutionalisierung“ fundamentale Folgen haben wird. Ohne jegliche Kontrollfunktionen, denen bislang auch die Massenmedien unterworfen waren, sind nämlich „fake news“ nicht mehr von wahren Meldungen zu unterscheiden, auch der Zugang zu „Wissen“ liegt längst in den Händen von Google & Co, die keiner professionellen Prüfinstanz unterliegen. Wer manipuliert öffentliche Meinung und Wahlen? Wer stiehlt Daten und Identitäten?

Es braucht dringend eine neue Form von Ordnung auch in der digitalen Datenwelt, die in der Lage ist, deren hohe Komplexität „einzubremsen“ ohne dabei die neue Dynamik allzu sehr einzuschränken. Und die regelt, wer wen kontrolliert: „Zur Zeit werden wir beobachtet von nicht-transparenten Institutionen“, das ist sicher nicht im Sinne der Demokratie. Dagegen hilft nur der Mut, eine grundsätzliche Diskussion in der Gesellschaft zu führen, wie wir denn „Kommunikation“ haben wollen, ganz nach den Prinzipien der Demokratie, nämlich von unten nach oben. Was die „öffentliche Meinung“ dazu sagen wird, ist weitgehend offen, aber: „Ich glaube, wir stehen vor einem massiven Umbruch.“